

Beschluss (vorläufig) Stand: 13.12.2011

Entschieden gegen Rechts!

Seit vor über zwei Wochen die erschreckenden Taten der rechten Terrorzelle aus Thüringen bekannt geworden sind, liegen die Hintergründe immer noch weitestgehend im Dunkeln. Wir sind entsetzt über das Ausmaß der menschenverachtenden Gewalt, die mit rechtsextremistischen Hintergründen in Deutschland verübt wurde. Die Morde, Anschläge und Gewaltaktionen, die der Terrorgruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" zugeordnet werden, verdeutlichen die Existenz rechtsterroristischer Strukturen und zeigen das erschreckende Ausmaß rechtsextremistischer Bedrohung in Deutschland. Dass noch immer bis zu 20 Personen eines Unterstützernetzwerks nicht gefasst sind und das volle Ausmaß der Taten noch nicht bekannt ist, ist unerträglich. Unsere Demokratie wird von Rechts bedroht. Diese Bedrohung muss von Staat und Gesellschaft entschieden bekämpft werden.

Wir begrüßen es, dass auf Initiative der grünen Bundestagsfraktion hin der Deutsche Bundestag in einer vereinbarten Debatte einen gemeinsamen Entschließungsantrag aller Fraktionen verabschiedet hat, der die Trauer mit den Opfern ausdrückt und einen entschiedenen Kampf von Staat und Gesellschaft gegen die rechtsextreme Bedrohung einfordert.

Die Opfer dieser RechtsterroristInnen sind Menschen, die nur deshalb sterben mussten, weil sie dem Feindbild entsprachen, das Rechtsextreme von Menschen haben, die nicht ihrer Gesinnung oder ihrem Menschenbild genügen. Die Verbrechen sind deshalb auch ein Anschlag auf das friedliche Zusammenleben aller in unserem Land, den wir nicht hinnehmen dürfen. Man kann sich kaum vorstellen, was in den Familien der Opfer vor sich geht, die sich seit Jahren mit der Frage quälen, warum ihre Angehörigen und FreundInnen kaltblütig am helllichten Tag ermordet wurden. Der Umgang mit den Taten und nicht zuletzt der Name der zuständigen und bis 2008 ermittelnden Sonderkommission "Bosporus" zeigte, wie voreingenommen die Ermittlungen offenbar geführt wurden. Wir fordern alle Verantwortlichen auf, sich für diese Vorverurteilungen zu entschuldigen und mindestens durch eine Geste deutlich zu machen, dass wir alle die Trauer dieser Menschen teilen und sie nicht alleine sind.

Unerträgliche Blindheit von Politik und Behörden

Es ist unfassbar und nur schwer zu glauben, dass in Deutschland offenbar über fast eine Dekade hinweg Morde und Anschläge aus rechtsextremem Motiv heraus geschehen konnten, ohne dass eine Spur zu den Tätern geführt haben soll. Dass die verantwortlichen PolitikerInnen und Behörden im Bund und in den Ländern offenbar auf dem rechten Auge blind waren, ist unerträglich.

Wir fordern daher eine rasche, öffentlich geführte und transparente Aufklärung über mögliche Ermittlungsfehler in den betroffenen Ländern. Vor allem die Rolle der Verfassungsschutzämter sowie des MAD muss genau aufgeklärt werden. Wenn bekannte RechtsextremistInnen als V-Leute geführt werden, wenn der Verdacht besteht, dass die TerroristInnen mit "legalen illega-

len" Ausweispapieren ausgestattet wurden und wenn sich jetzt die Nähe von Verfassungsschützern zu Tätern und Tatort offenbart, dann stellt sich auch die Frage nach der Rolle der Verfassungsschutzbehörden. Es wäre unerträglich, wenn Ermittlungen gegen RechtsterroristInnen durch VerfassungsschützerInnen verhindert worden wären, indem sie deren Abtauchen womöglich deckten. Parlamente in Bund und Ländern müssen die Vorgänge einschließlich möglicher Verwicklungen des Verfassungsschutzes und Ermittlungsfehler rückhaltlos aufklären – und zwar öffentlich - und auch mit Untersuchungsausschüssen.

Immer noch nicht vollständig aufgeklärt ist das Attentat auf das Münchner Oktoberfest am 26. September 1980, bei dem 13 Menschen getötet und 211 Personen verletzt wurden. Wir fordern, dass die Ermittlungen zur Aufklärung dieses schwersten Anschlages in der Geschichte der Bundesrepublik wieder aufgenommen werden. Die Hintergründe dieser Morde und die Art und der Umfang der Beteiligung von Neo-Nazi-Organisationen am Attentat müssen endlich aufgeklärt werden.

Kein blinder Aktionismus!

„Unsere Antwort wird mehr Demokratie und Offenheit sein“, waren die Worte des norwegischen Ministerpräsident Jens Stoltenberg nach den schrecklichen Anschlägen des norwegischen Rechtsextremen Anders Breivik. Sie müssen auch für uns gelten. Unsere Antwort auf diese abscheulichen Taten muss mehr Demokratie sein. Notwendiges Handeln darf nicht aus voreiligen Schlüssen und blindem Aktionismus bestehen und nichts anderes ist die Forderung nach neuen Dateien und Datensammlungen. Solche Forderungen lenken nur ab von der dringend notwendigen Aufklärung sowie wichtigen Konsequenzen wie der systematischen Evaluierung der Verfassungsschutzämter, deren verstärkter und verbesserter parlamentarische Kontrolle und einem konsequenten und ernst gemeinten Kampf gegen Rechts.

Rechtsextreme Realität in Deutschland

Rechtsextremes und rassistisches Gedankengut sind in unserer Gesellschaft weit verbreitet. So erreichte die NPD bei den letzten Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern in manchen Gegenden flächendeckend zweistellige Ergebnisse und wurde in einigen Gemeinden sogar stärkste Kraft, während die demokratischen Parteien erhebliche Probleme haben, selbst leistungsfähige Strukturen aufrecht zu erhalten. Der Verfassungsschutz schätzte die Zahl der gewaltbereiten Neo-Nazis jüngst auf 9.500 Personen und berichtete von einem deutlichen Anstieg der Gewaltbereitschaft sowie einer gestiegenen Bereitschaft, Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele einzusetzen. Ganz nach dem Motto „Nadelstreifen und Baseballschläger“ verfolgen rechtsextreme und rassistische Gruppen ein doppeltes Spiel, um mit Präsenz vor Ort für gesellschaftliche Akzeptanz und mit Gewaltbereitschaft im Hintergrund für Anerkennung in der Szene zu sorgen. Doch nicht nur in einem radikalen Spektrum findet rechtsextremistisches, autoritäres, rassistisches, antisemitisches, homophobes und antimuslimisches Gedankengut Rückhalt, sondern in der gesamten Gesellschaft trifft dieses Gedankengut auf Resonanz. So verfügen laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2010, 9,7 Prozent der Befragten über ein antisemitisches Weltbild, 24,7 Prozent sind ausländerfeindlich, 19,3 Prozent zeigen chauvinistische Einstellungen und 5,1 Prozent befürworten eine Diktatur als Staatsform. Nach Berechnungen von Wilhelm Heitmeyer steigt vor allem antimuslimischer Rassismus stark an: Stimmten 2009 bereits 21 Prozent der Befragten dem Satz „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ zu, so waren es 2010 ganze 26 Prozent. Auch einige Beiträge im Rahmen der Debatten um die Eurokrise und besonders um die Verantwortung der griechischen Bevölkerung für die Verursachung der Schuldenkrise zeigen genauso wie die breite Zustimmung zu Sarrazins kruden Thesen, wie tief verwurzelt rassistische Denkweisen in breiten Teilen der Gesellschaft sind.

Auch Antisemitismus, Homophobie und Antiziganismus sind noch immer weit verbreitet. Gerade im immer weiter zusammenwachsenden Europa können wir beobachten, wie die Ideologien

der Rechtsextremen Ängste und Gewalt gegen Minderheiten schüren und alte Vorurteile gegen Religionsgruppen und Minderheiten bedienen. Die aktuellen Pogrome an Sinti und Roma in Tschechien und Ungarn zeigen beispielhaft, dass in der Europäischen Union tagtäglich rechtsextreme Gewalt ausgeübt wird und sogar zunimmt. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist diese zunehmende Verankerung und die Radikalisierung der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sowie die damit einhergehende zunehmende Verbreitung von u.a. rechtsextremistischen, autoritären, rassistischen, antisemitischen, homophoben und antimuslimischen Leitbildern nicht hinnehmbar. Unser Engagement wird sich auch in Zukunft nicht nur darauf beschränken, uns Rechtsextremen und RassistInnen in den Weg zu stellen. Uns geht es um die Stärkung der Demokratie, die Durchbrechung der Schweigespirale, das aktive Eintreten gegen Diskriminierungen und die Unterstützung von Initiativen, die sich gegen Rechts und für Demokratie engagieren. Nur so und mit breiten gesellschaftlichen Bündnissen, die für den Aufstand der Zu- und sogenannten Anständigen stehen, kann auf Dauer den Nazis und deren menschenverachtender Ideologie die Grundlage entzogen werden.

Nadelstreifen und Baseballschläger, Kapuzenpulli und Totschläger

War die Öffnung hin zu vermeintlich linken Jugendsubkulturen bisher für viele in der rechtsextremen Szene undenkbar, so hat sich inzwischen ihre Strategie geändert. Verstärkt versuchen rechtsextreme Jugendliche, sich vom Mief der alten Skinheadszene zu lösen und orientieren sich im Auftreten, Aussehen und Musikgeschmack an der autonomen Linken oder der Hip Hop-Szene. Insbesondere die „Autonomen Nationalisten“ erfahren unter Jugendlichen immer mehr Zuspruch. Doch trotz deren Ablehnung der zum Teil veralteten Rechtsparteien kommt es auf lokaler Ebene immer wieder auch zu Kooperationen, insbesondere mit der NPD.

Vor allem der vorpolitische Raum spielt bei der schleichend zunehmenden Akzeptanz von Neo-Nazis eine entscheidende Rolle. Nazis treten dort als „sorgende“ Personen auf, als „Kümmerer“, wo sich Staat und Gesellschaft zurückziehen. Sei es als Einkaufshilfe für die alte Nachbarin, bei der Beratung zum ALG II-Antrag oder in Vereinen und der Jugendarbeit: Durch gezieltes soziales Auftreten nach dem Motto „Deutsche helfen Deutschen“ erreichen Nazis in ihren Regionen eine gesellschaftliche Akzeptanz, die es ihnen in der Folge auch erlaubt, offen und unverhohlen zur NPD und zu ihren Hetztiraden zu stehen und diese gesellschaftsfähig zu machen. Eine entscheidende Rolle nimmt dabei auch der Sport und hier insbesondere der Fußballplatz sowie Fußball-Fan-Gruppen ein. Auch wenn derartiges aggressives und platzhirschartiges Auftreten offen vor allem in Ostdeutschland zu spüren ist, so kann daraus nicht geschlossen werden, dass rechtsextreme und rassistische Überzeugungen nur dort existieren. Rechtsextremismus ist dabei kein Alleinstellungsmerkmal Ostdeutschlands. Verschiedenste Umfragen und Untersuchungen zeigen, dass auch in Westdeutschland rechtsextremes und menschenverachtendes Gedankengut in ähnlich hohem Maß verbreitet ist.

Das Auftreten als „Kümmerer“ darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass gerade die „Autonomen Nationalisten“ einen besonderen Akzent auf aktionsorientierte Formen der politischen Auseinandersetzung legen. Das heißt nichts anderes als die gezielte Suche nach gewalttätigen Konfrontationen mit dem politischen Gegner. 2008 wurde ein politisches Sommercamp der Linksjugend in Hessen angegriffen und eine 13-jährige Schülerin schwer verletzt, in Wetzlar in Hessen wurde 2010 das Wohnhaus eines Antifaschisten angezündet, in Dortmund attackierten „Autonome Nationalisten“ eine Gewerkschaftsdemonstration und nach den Protesten 2010 in Dresden wurden GewerkschaftlerInnen auf Rastplätzen zusammengeschlagen. Rund um das jährlich stattfindende Nazispektakel „Rock für Deutschland“ in Gera wurden 2011 immer wieder die Wahlkreisbüros von Grünen, Linken und Sozialdemokraten angegriffen, die zum Bündnis „Gera nazifrei“ gehörten, das gleiche geschah im Landtagswahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern 2011. Die rechtsextreme Szene setzt immer mehr, auch öffentlich wahrnehmbar und

nicht mehr verdeckt, auf Einschüchterung und Gewalt, um zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts zu verhindern. Dies zeigte sich auch im offenen Angriff Rechtsextremer auf einen jungen Wahlkämpfer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Rügen im Sommer 2011. Die Gewalt richtet sich aber nicht nur gegen politisch Andersdenkende, sondern auch gegen Personen aufgrund eines bestimmten Merkmals wie Herkunft, Religion, sexuelle Orientierung oder Behinderung. Damit ist rechtsextreme Gewalt immer auch ein Angriff auf unsere vielfältige und demokratische Gesellschaft.

Die Neo-Nazi-Szene wird nach wie vor von Männern dominiert. Auch im Wahlverhalten unterscheiden sich Männer und Frauen. So wählten bei den Landtagswahlen in diesem Jahr in Mecklenburg-Vorpommern 8 Prozent der Männer und 4 Prozent der Frauen die NPD, in Sachsen-Anhalt waren es 7 Prozent der Männer und dagegen „nur“ 3 Prozent der Frauen. Besonders besorgniserregend ist das Ergebnis der NPD bei den Erstwählern. 17% der männlichen Erstwähler in Mecklenburg-Vorpommern wählten die NPD, rassistische und rechtsextreme Einstellungen sind bei Frauen jedoch ebenso weit verbreitet wie bei Männern. Es ist nur nicht so häufig auf den ersten Blick erkennbar.

Doch gerade die NPD hat längst erkannt, dass sie sich um Frauen nicht nur für den Aufbau des eigenen Images als vermeintlich konservativ-bürgerliche Partei bemühen muss, sondern vor allem auch als Wählerinnen. So sind in Nordrhein-Westfalen laut Angaben des Landesverfassungsschutzes bereits 15 bis 20 Prozent der NPD-Mitglieder weiblich. Auch innerhalb der „freien“ Naziszene sind mittlerweile viele Frauen aktiv, die unauffälliger agieren und Demos anmelden, Veranstaltungsräume mieten und durch ihre Arbeit im Hintergrund, sei es im Sportverein, der Krabbelgruppe oder im Chor weitere gesellschaftliche Akzeptanz für braunes Gedankengut schaffen. Insgesamt stabilisieren Frauen die rechtsextreme Szene inzwischen mit ihrer Arbeit. Immer seltener werden rechtsradikale Männer durch Partnerinnen, die sich außerhalb der Szene befinden, zu einem Ausstieg ermutigt.

Antimuslimischer Rassismus breitet sich aus

Es ist aber nicht nur der rechtsextreme und gewaltbereite Teil der Szene, der uns Sorgen bereitet. Immer stärkeren Zuspruch erhalten die selbsternannten „IslamkritikerInnen“, von denen viele abseits zulässiger Kritik an Religionen rassistisch und sozialdarwinistisch argumentieren. Die sogenannte Sarrazin-Debatte hat exemplarisch gezeigt, wie tief die Angst vor „Fremden“ verwurzelt ist und wie leicht sie sich in biologische und rassistische Gedankenmuster umschlagen kann.

Im Netz sammeln sich RechtspopulistInnen auf antimuslimischen Hetzseiten wie Politically Incorrect (PI)-News, Kreuz.net oder in anderen einschlägigen Blogs und verbreiten dort ihre menschenverachtenden Botschaften. So wird mit übler Rhetorik gegen MuslimInnen gehetzt und vor vermeintlicher „Überfremdung“ gewarnt. Ins Fadenkreuz ihrer Propaganda geraten dabei auch all jene, die sich für eine multikulturelle Gesellschaft engagieren. PI-News hat sich längst zu einer Vernetzungsplattform für Rechtspopulisten entwickelt. Dahinter stehen Ortsgruppen, die Aktivisten rekrutieren, Veranstaltungen organisieren und dabei ganz gezielt den Kontakt in die rechtsextreme Szene pflegen. Die Beiträge auf der Webseite überschreiten nach Einschätzung einiger ExpertInnen regelmäßig die Grenzen zur Volksverhetzung bis hin zum Gewaltaufruf. Angesichts der allgemeinen Praxis bei Beobachtungen durch den Verfassungsschutz erfüllen diese Seiten längst die dafür gängigen Kriterien.

Auch Parteien wie Pro Deutschland ziehen mit antimuslimischen Botschaften in den Wahlkampf und organisieren Veranstaltungen mit führenden IslamhaterInnen aus ganz Europa. So beobachten wir in zahlreichen EU-Mitgliedsstaaten wie etwa in Österreich, den Niederlanden, Dänemark und Großbritannien eine bereits sehr weit erstarkte populistische anti-muslimische Rechte, die sich teilweise im Rahmen einer von der EU anerkannten Europäischen Partei mit dem unver-

dächtigen Namen "European Alliance for Freedom" organisiert. Das Beispiel der Schweizerischen Volkspartei dient mit ihrer Kampagne zum Minarettverbot als Vorbild der neuen gesellschaftsfähigen extremen Rechten. In vielen Ländern Europas feiern MuslimhasserInnen mit ihrer antimuslimischen Hetze Wahlerfolge, ziehen in die Parlamente ein und werden zu geistigen BrandstifterInnen. Sie schüren Hass und Gewalt gegenüber MuslimInnen, da sich Rechtsextreme durch deren Politik geradezu aufgefordert fühlen, aktiv zu werden. Ein besonders furchtbares Beispiel dafür ist das mörderische Vorgehen des Norwegers Anders Breivik, der im Sommer 2011 blind vor Hass in Oslo einen Bombenanschlag verübt und das Sommercamp der Jugendorganisation der norwegischen SozialdemokratInnen mit Feuerwaffen angegriffen hat. Die erschütternde und traurige Bilanz dieser tödlichen Übergriffe: Insgesamt starben 77 Menschen, zum großen Teil Jugendliche. Wie die Aufzeichnungen des Täters zeigen, ist sein Weltbild weitgehend durch das Gedankengut von Blogs wie „PI-News“ geprägt gewesen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich gemeinsam mit ihren europäischen Schwesterparteien für eine aktive Auseinandersetzung mit diesen Kräften einsetzen. Die ideologischen Grundlagen von Wilders, Le Pen und Strache dürfen keinen fruchtbaren Boden in Europa finden.

Für eine zeitgemäße Erinnerungskultur

Wir stehen zur bundesrepublikanischen Tradition einer dezentralen und selbstkritischen Erinnerungskultur mit einer starken zivilgesellschaftlichen Beteiligung. Die im Laufe der Nachkriegsjahrzehnte hart erkämpfte Auseinandersetzung der deutschen Gesellschaft mit der eigenen Vergangenheit hat aus der Bundesrepublik ein demokratisches Land gemacht, in dem Grund- und Menschenrechte keine Worthülsen sind. Diese Auseinandersetzung bietet auch weiteren Ansporn zu mehr Demokratie und Menschenrechten in Deutschland. Auch als Warnung vor menschenverachtenden Ideologien, die sich in der heutigen Bundesrepublik ausbreiten, wollen wir das Erinnern und Gedenken an die dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte weiter wachhalten. Damit diese Erinnerungskultur lebendig und relevant bleibt, müssen wir nach zeitgemäßen pädagogischen, politischen und musealen Ansätzen suchen, um junge Menschen von heute abzuholen. Diese Ansätze sind auch dringend erforderlich vor dem Hintergrund der wachsenden kulturellen Vielfalt, neuer medialen Rahmenbedingungen und immer weniger lebenden Zeitzeugen der nationalsozialistischen Gräueltaten unter uns. Dazu gehört auch die Anerkennung von Minderheiten, vor dem Hintergrund ihrer eigenen Geschichten und Vielfalt: Jugendliche, die in diesem Land keine gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung erfahren, können nur schwer an die Geschichte Deutschlands persönlich anknüpfen. Solche Arbeit im Bereich Erinnerungskultur wird von den Gedenkstätten und kleinen Projekten schon lange erfolgreich geleistet, ohne, dass die politisch Verantwortlichen ihr genug Aufmerksamkeit entgegenbringen. Die vorbildhaften Konzepte der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz, der Jüdischen Museen in Berlin und Frankfurt, des Fritz Bauer Instituts, des Anne Frank Zentrums, des Projektes Miphgash/Begegnung e.V. sowie vieler anderen Initiativen gilt es daher weiterhin politisch und finanziell zu unterstützen und zu popularisieren.

Bundesregierung versagt – Schwarz-Gelber Bespitzelungsauftrag nützt nur den Nazis Sofortige Streichung der Extremismusklausel

Wir fordern die sofortige Streichung der "Extremismus-Klausel" in den Förderprogrammen gegen "Extremismus". Die Kürzungen im Haushalt 2012 bei der Demokratieförderung und der Antidiskriminierungsstelle müssen in einem ersten Schritt umgehend rückgängig gemacht werden.

Gerade die jetzige Situation zeigt, wie falsch und gefährlich der Weg von Ministerin Schröder ist, die mit ihrem kruden Extremismusbegriff die Gefahren des Rechtsextremismus verharmlost. Seit Jahren wird die zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rechtsextremismus immer mehr gegängelt und behindert, stehen jene unter Verdacht, die sich vor Ort rechten Gruppen entgegenstel-

len und wichtige Präventionsarbeit leisten. So hat es rund um die Anti-Nazi-Demos in Dresden eine beispiellose Repressionswelle gegenüber linken und antifaschistischen Gruppierungen gegeben. Das war und ist unverantwortlich.

In vielen lokalen Bündnissen gegen Rechts sind CDU und FDP ausgespart, weil sie nicht mit antifaschistischen Gruppen und Initiativen zusammenarbeiten wollten. Der Kampf gegen Nazis und ihre menschenverachtende Ideologie ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, der wir gemeinsam begegnen müssen. Es wird Zeit für einen erneuten, gesamtgesellschaftlichen Schulterschluss gegen Rechts! Wir müssen auch die Opfer von Übergriffen sowie gegen Nazis Engagierte schützen und dürfen sie nicht kriminalisieren.

Wir fordern die sofortige Streichung der "Extremismus-Klausel" in den Förderprogrammen gegen "Extremismus". Die Kürzungen im Haushalt 2012 bei der Demokratieförderung und der Antidiskriminierungsstelle müssen in einem ersten Schritt umgehend rückgängig gemacht werden.

Die NPD – undemokratisch, menschenverachtend und totalitär – alles andere als eine „normale“ Partei!

Mit besonderer Sorge betrachten wir die Entwicklung der NPD. Sie hat es geschafft, sich im parteipolitisch rechtsextremen Lager als zentrale Kraft zu behaupten. Durch die eingeleitete Fusion mit der DVU und der Marginalisierung der Republikaner ist die NPD der zentrale Ansprechpartner für rechte Strömungen und freie Kameradschaften in Deutschland geworden. Dass es der NPD nun auch in Mecklenburg-Vorpommern gelungen ist, erneut in den Landtag einzuziehen und die Fraktion, wie schon 2009 in Sachsen, zu verteidigen, zeigt, dass die NPD eben nicht nur eine kurzzeitige Protestpartei ist, sondern sich gerade im ländlichen Raum verfestigt hat.

Auch wenn es die NPD dank des engagierten und erfolgreichen Kampfes der demokratischen Parteien, Kirchen, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und Initiativen gegen Rechts in Thüringen mit 4,3 Prozent und in Sachsen-Anhalt mit 4,6 Prozent bei den letzten Wahlen jeweils knapp verfehlt hat, in die Landtage einzuziehen, ist eine Entwarnung nicht angemessen. Rechtsextreme Gruppierungen konnten in den letzten Jahren in den alten und neuen Bundesländern eine Reihe von kommunalen Mandaten erlangen. Ihr finanzielles und organisatorisches Rückgrat bildet dabei die parlamentarische Verankerung in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern.

Im Inneren der NPD tobte lange Zeit ein Machtkampf zwischen eher „bürgerlicheren Nazis“ und den radikalen Kräften aus den freien Kameradschaften. Diesen Kampf scheinen die radikalen Kräfte gewonnen zu haben. Die NPD sucht immer wieder die Nähe zum Nationalsozialismus und sieht sich in direkter Nachfolge zur NSDAP. Bestes Beispiel dafür ist eine Kundgebung der NPD am 15. September 2011 vor dem Thüringer Landtag zum Jahrestag des Beschlusses der sogenannten Nürnberger Rassegesetze. Auf solchen Demonstrationen und auf Konzerten sucht die NPD die Nähe zu den „Autonomen Nationalisten“ und den freien Kameradschaften und tritt auch gezielt gemeinsam mit ihnen auf. Die NPD steht bei allen bürgerlichen Imageversuchen ohne Wenn und Aber für die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie.

Verfassungsfeindliche NPD bekämpfen

Es ist nicht länger hinnehmbar, dass sich rechtes Gedankengut hinter dem Parteienprivileg versteckt und die verfassungsfeindliche NPD mit öffentlichen Mitteln finanziert wird.

Deshalb und wegen der zunehmenden Gewaltbereitschaft und des offenen, unverhohlenen hetzerischen Auftretens der NPD setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, dass ein Verbotverfahren eingeleitet wird, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Wir fordern die Bundesregierung auf zu prüfen, ob sich aus den Ermittlungsergebnissen Konsequenzen für ein NPD-

Verbot ergeben. Die Exekutive soll Beweise für ein Verfahren sammeln, Verfahrenshindernisse beseitigen und die Aussicht eines solchen Verfahrens prüfen. Die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtes und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrecht sind dabei zu berücksichtigen.

Denn für uns ist klar: Ein neues NPD – Verbotsverfahren muss erfolgreich sein.

Solange unklar ist, wie viele NPD-Kader im Sold des Verfassungsschutzes stehen und diese nicht abgeschaltet werden, sind die Erfolgsaussichten für ein erneutes Verbotsverfahren jedoch gering. Wir hegen jedoch große Zweifel daran, dass V-Leute innerhalb der NPD einen elementaren Beitrag dazu leisten, Gewalt zu verhindern. Im Gegensatz dazu ist zu fragen, ob sie nicht durch ihre Arbeit und ihr Engagement sogar zur Stabilisierung der NPD beitragen. Sollte sich herausstellen, dass Teile des Verfassungsschutzes statt einer aufklärenden eine eskalierende und unterstützende Funktion in rechten Kreisen einnehmen, ist der Einsatz von V-Leuten dort nicht weiter zu akzeptieren. Damit ließe sich auch diese Begründung, dass das Vorhandensein der V-Leute ein Verbot verunmögliche, gegen ein NPD-Verbotsverfahren nicht weiter aufrechterhalten.

Es kann nicht sein, dass Nazis vom Staat als V-Leute dafür bezahlt werden, dass sie sich wegen ihrer menschenverachtenden Ideologie in Nazikreisen bewegen. Zumal dann, wenn die Gelder für eine V-Leute-Tätigkeit nachweislich immer wieder in den Aufbau der rechten Szene gesteckt werden. Beim Umgang mit V-Leuten sind die Innenminister der Länder gefordert, endlich ihren sonntäglichen Anti-Rechts-Reden Taten folgen zu lassen.

Kampf gegen Rechts braucht mehr

Auch wenn Verbote im Kampf gegen rechte Ideologien kein Allheilmittel sein können, darf ein NPD-Verbot nicht grundsätzlich ausgeschlossen sein. Gerade die staatliche Finanzierung und das Auftreten als angeblich demokratische Partei erlauben es der NPD, handlungsfähig zu bleiben und ermöglichen ihr Podien im öffentlichen Raum, auf denen sie ungehemmt agitieren und ihre Propaganda verbreiten kann. Ein Verbot kann aber nur dann nachhaltig Wirkung entfalten, wenn es danach für die organisierten Neo-Nazis keine Ausweichmöglichkeiten in andere Strukturen gibt, gleichzeitig die Demokratiebildung ausgebaut wird und durch gezielte demokratische Jugendarbeit flächendeckend Angebote unterbreitet werden. Zudem braucht es neben EXIT offensive Ausstiegsangebote – insbesondere auch für Frauen, Kindern von Nazis und Mädchen aus der rechten Szene. In diesem Sinne begrüßen wir das Verbot der Hilfgemeinschaft für Nationale Gefangene, die sich um rechtsextreme StraftäterInnen und deren Familien bemühte, um so deren rechtes Weltbild zu festigen und sie auch im Gefängnis zu unterstützen. Nun liegt es allerdings auch in staatlicher Verantwortung, die Betroffenen künftig zu betreuen und ihnen Wege jenseits der Naziszene aufzuzeigen.

Es ist höchste Zeit, dass aus den Anschlägen und Angriffen von Solingen, Mölln, Hoyerswerda und Rostock sowie den weit über 150 Todesopfern rechtsextremer und rassistischer Gewalt seit 1990 endlich die richtigen Schlüsse gezogen werden. Es geht hier um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Der Kampf gegen Rechts muss wieder zu einer zentralen Aufgabe aller demokratischen Kräfte werden.

Handlungsmöglichkeiten gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Statt Scheindebatten um politischen Extremismus bedarf es einer Gesamtstrategie gegen rassistisches und sonstiges menschenverachtendes Gedankengut sowie gegen rechte Gewalt. Dazu gehört der Blick auf alle Ebenen – auch unter der Berücksichtigung von Genderaspekten, der Prinzipien demokratischer Bildung und Stärkung der Zivilgesellschaft. Die Handlungsmöglichkeiten müssen dafür bestmöglich ausgeschöpft werden.

- Wir fordern eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen, damit diese in der Jugend- und Sozialarbeit Angebote schaffen können und so den öffentlichen Raum nicht den Nazis zu überlassen. Besonders in ländlichen Regionen und angesichts der vielerorts desaströsen finanziellen Ausstattung der Kommunen haben sich die Zivilgesellschaft, aber auch die Parteien immer weiter zurückgezogen. Städte und Gemeinden bieten zu wenig Unterstützung und keine ausreichende Jugend(sozial)arbeit mehr an. Diese Lücke nutzen die Rechtsextremisten aus. Daher setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für demokratische Jugendangebote ein, sei es in staatlichen oder von freien Trägern betriebenen Jugendclubs, in Schulen, in der Jugendverbandsarbeit, bei der Feuerwehr oder im Sportverein.
- Wir setzen uns für gezielte Schulungen von TrainerInnen und ÜbungsleiterInnen in den Sportvereinen ein, damit sie sich rechter Hetze entschieden in den Weg stellen können.
- Wir fordern die Stärkung der Demokratieerziehung an Schulen und in anderen Bildungstätten. Von der frühkindlichen Erziehung in der Kita über die schulische und universitäre Bildung oder an Berufsschulen bis hin zur Erwachsenenbildung durch Volkshochschulen und andere Bildungsträger müssen zivilgesellschaftliche, wertorientierte und demokratische Kompetenzen vermittelt werden. Deshalb unterstützen wir auch die Arbeit von Programmen wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ sowie „Schule ohne Homophobie – Schule der Vielfalt“.
- Wir fordern, bei der Ausbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen und anderen pädagogischen Fachkräften Demokratieerziehung als obligatorischen Bestandteil des Curriculums zu etablieren, um sie in die Lage zu versetzen, Kinder und Jugendliche für politische Geschehen zu begeistern, ihre Urteilsfähigkeit zu schärfen und den Wert einer pluralistischen Gesellschaft ohne Ausgrenzung nahe bringen zu können, damit antidemokratischen Tendenzen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wirksam entgegen getreten wird.
- Wir stehen für eine zeitgemäße Weiterentwicklung der Erinnerungskultur, denn immer weniger Zeitzeugen können aus eigener Erfahrung von den Schrecken der Nazis, der Konzentrationslager und aus den Erfahrungen des Vernichtungskriegs berichten.
- Wir fordern die Rücknahme der Extremismusklausel sowie ein Bundesprogramm gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und gegen Rechtsextremismus, für das jährlich 50 Millionen Euro bereitgestellt werden müssen. Nur so kann gewährleistet werden, dass Initiativen vor Ort nachhaltig arbeiten und Wirkung erzeugen können. Eine Modellprojektförderung, wie sie derzeit von der Bundesregierung betrieben wird, ist der falsche Ansatz.
- Wir setzen uns auch auf der europäischen Ebene dafür ein, dass Mittel für den Einsatz gegen Rassismus und Intoleranz bereitgestellt werden und die Vergabe insbesondere von EU-Fördermitteln an diesen Zielen stärker ausgerichtet wird.
- Wir setzen uns dafür ein, dass der Rechtsstaat all seine ihm zur Verfügung stehenden Mittel konsequent nutzt, um rechte Gewalt zu verhindern. Hierzu gehört eine ausreichende finanzielle Ausstattung von Polizeibehörden, um die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsqualität der Vollzugsbeamten zu verbessern, ein konsequentes Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden und der Gerichte, sowie regelmäßige Fortbildungen für PolizistInnen, StaatsanwältInnen und RichterInnen zum Thema „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“
- Wir fordern den konsequenten Ausbau und die Unterstützung von AussteigerInnenprogrammen, die über EXIT hinausgehen. Gerade für Frauen und ihre Kinder braucht es ge-

zielte Angebote, um dauerhaft aus der Szene auszusteigen, ohne dabei Angst vor Ra-
cheakten haben zu müssen.

- Wir setzen uns für flächendeckendere und spezifischere Opferberatungsstellen für Be-
troffene von rechter Gewalt ein. Dazu muss die Bundesförderung für die Opferbera-
tungsstellen gesichert und auf die westdeutschen Bundesländer ausgedehnt werden. Zu
häufig wird gerade Jugendlichen, die sich einer vorherrschenden rechten Hegemonie
nicht beugen wollen, unterstellt, sie seien selbst Schuld an der Gewalterfahrung, wenn
sie Nazis durch entsprechende Kleidung oder Buttons provozieren. Auch Menschen mit
Migrationshintergrund brauchen hier unterstützende Angebote und geschulte BeamtIn-
nen, die um deren besondere Schwierigkeiten wissen.
- Die durch das Bundesfamilienministerium geförderten „Mobilen Beratungsteams gegen
Rechtsextremismus“ leisten in den neuen Bundesländern seit 2001 und in den alten
Bundesländern seit 2007 sowohl Präventionsarbeit als auch Beratungen bei Anlässen
rechtsextremer Aktivitäten vor Ort. Die Mobilen Beratungsteams sind zu einem uner-
lässlichen Baustein im Kampf gegen Rechts geworden. Deshalb muss die Bundesförde-
rung für die Mobilen Beratungsteams auch über 2013 hinaus gesichert werden.
- Wir stehen dafür, auch im Kampf gegen RechtspopulistInnen durch Aufklärung, Bildung
und gezielte Aktionen Flagge zu zeigen. Auch dort, wo beispielsweise bei der Homo-
phobie christlicher oder islamistischer Fundamentalismus Hand in Hand mit dem Rechts-
extremismus gehen. Initiativen und Bündnisse, die derzeit vor allem im Netz agieren,
müssen von Seiten des Staates finanziell und rechtlich im Kampf gegen Rechtspopulis-
tInnen unterstützt werden. Es gilt im Kleinen wie im Großen aufzuzeigen, dass wir alle
vom Rassismus, Muslimfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiziganismus, Homophobie, Se-
xismus und Sozialdarwinismus sowohl auf Täter, als auch als Opfer im Alltag betroffen
sein können. PolitikerInnen, die mit zweideutigen Aussagen an der Grenze zu solchen
Hassideologien auf Stimmenfang gehen, machen entsprechende Ansichten erst hoffä-
hig. Dies gilt in letzter Zeit insbesondere (aber nicht nur) in Bezug auf den Umgang mit
dem Islam und MuslimInnen. Um dem entgegen zu wirken, müssen alle Gruppen unse-
rer Gesellschaft eingebunden und zur aktiven Mitarbeit ermuntert werden. Hier tragen
insbesondere die Parteien eine entscheidende Verantwortung. Aber auch Medien, Sport-
vereine, Jugendclubs und Schulen sind in der Verantwortung, die Vielfältigkeit unserer
Gesellschaft widerzuspiegeln und unterschiedliche Lebensformen zueinander zu führen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden auch weiterhin aktiv zu Demonstrationen gegen Nazis und
rechte Gewalt aufrufen und selbst Gesicht zeigen. Dabei sind friedliche Blockaden von Naziauf-
märschen ein legitimes und notwendiges Mittel des Protests. Wir lassen es nicht zu, dass der
Kampf gegen Nazis in Gut und Böse unterteilt wird. Blockaden sind oft die einzige Möglichkeit,
die alten und neuen Nazis friedlich von der Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologie
abzuhalten. Unser Ziel sind dabei breite Bündnisse und die Stärkung der lokalen Initiativen.

Mit großer Sorge sehen wir die Repression und Einschüchterung von Aktiven, die offen gegen
rechte Gewalt eintreten. Beispielhaft sind hier die Durchsuchungen und Diskreditierungen des
Jenaer Stadtjugendpfarrers Lothar König, der seit Jahrzehnten offene Jugendarbeit gegen
Rechts anbietet. Ebenso problematisch sehen wir die Einschüchterung und Diskreditierung des
Bündnisses „Dresden nazifrei“. Millionen von Handydaten wurden bei den Protesten gegen den
Naziaufmarsch im Februar 2011 gespeichert und die zivilgesellschaftlich Engagierten damit un-
ter einen Generalverdacht gestellt. Das Vorgehen der sächsischen Polizei und Staatsanwaltschaft
halten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für einen Skandal, der letztlich nur denjenigen hilft, gegen
die wir immer wieder auf die Straßen und Plätze gehen.

Unsere Solidarität gilt allen, die friedlich, bunt, laut und vielfältig den Nazis keinen Raum lassen.